



KREISJUGENDRING
MÜNCHEN-STADT

IM BAYERISCHEN JUGENDRING
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN REICHS

Aktuelle (jugend-)politische Themen beeinflussen die Arbeit in den Jugendverbänden und Einrichtungen des Kreisjugendring München-Stadt. Mit den „KJR-POSITIONEN“ bezieht der Vorstand Stellung zu Themen, die für die Kinder- und Jugendarbeit relevant sind.

Einhaltung der Menschen- und Kinderrechte von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in den AnKER-Dependancen

Der Kreisjugendring München-Stadt (KJR) fordert den sofortigen Ausbau-STOPP von AnKER-Zentren und bereits bestehende AnKER-Einrichtungen zu schließen.

In den AnKER-Dependancen untergebrachte geflüchtete Menschen sind aufgrund von prekärem Aufenthaltsstatus, schwieriger Wohnsituation und Arbeitsverbote besonders belastet. Zudem gibt es kaum unabhängige Beratungsmöglichkeiten in psychosozialen Krisensituationen. Da der Aufenthalt in den AnKER-Dependancen häufig mehr als ein Jahr dauert, belastet dies gerade Kinder und Jugendliche, die die Hilfslosigkeit der eigenen Eltern und deren Frustration über die ausweglose Situation aushalten müssen.

Geflüchtete Kinder und Jugendliche sind besonders von den menschenunwürdigen Lebensbedingungen in den AnKER-Dependancen betroffen: mehrere Familien sind in einem Zimmer untergebracht, auch sanitäre Anlagen müssen geteilt werden und sind häufig nicht abschließbar. Unter diesen Bedingungen kann der Kinderschutz nicht gewährleistet werden. Statt Geld zum selbständigen Lebensmittelkauf erhalten die geflüchteten Familien Sachleistungen, wodurch abwechslungsreiche Ernährung gerade für Kinder in der Wachstumsphase nicht gewährleistet und auf kulturelle Essgewohnheiten keine Rücksicht genommen wird.

Für kleinere Kinder gibt es zeitlich begrenzte Betreuungsangebote; für ältere Kinder und Jugendliche gibt es keine Möglichkeit, auf dem Gelände dringend benötigte Rückzugsorte aufzusuchen und Freizeitangebote wahrzunehmen.

KJR-POSITION

Bis zur Schließung bestehender Anker-Zentren fordern wir:

- Der Kinderschutz muss gewährleistet sein. Dafür bedarf es der Unterbringung von Familien in jeweils eigenen Zimmern mit integrierter Wasch- und Kochmöglichkeit.
- Es müssen Rückzugsräume und regelmäßige Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche eingerichtet werden.
- Geflüchtete Kinder und Jugendlichen sowie ihre Familien sollen primär in dezentralen Unterbringungen untergebracht werden.
- Sachleistungen müssen durch finanzielle Leistungen zum selbständigen Lebensmittelkauf ersetzt werden.
- Um Integrationsbemühungen nicht zu verhindern, muss der Aufenthalt in den Anker-Dependancen verkürzt werden: dazu bedarf es einer schnelleren Verfahrensprüfung.

Anker-Dependancen sind kein rechtsfreier Raum! Wir fordern die Einhaltung der Menschen- und Kinderrechte von geflüchteten Kindern und Jugendlichen und ihren Familien!

Dieses Positionspapier wurde vom KJR-Vorstand am 08.04.2019 beschlossen.